



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 16.12.2013

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Christopher Lötsch- CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dirk Freitag- CDU
Carl-Wilhelm Howe- Bü90
Kerstin Metzner- SPD
Ulrich Pluschkell- SPD
Harald Quirder- SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Ulrich Brock- CDU
Nico Goldschmidt- FDP
Roswitha Kaske- CDU
Oliver Prieur- CDU

Dieter Rosenbohm- BfL
Michael Rostkowski- SPD
Detlev Stolzenberg- Die PARTEI-PIRATEN
Tim Stüttgen- LINKE
Herbert Wolfgramm- Bü90

Vertretung für: Herrn Dr. Eymer,
Burkhart

Vertretung für: Frau Friedrichsen, Ute

Vertretung für: Frau Jansen, Antje

Verwaltung

Dennis Bunk- GMHL
Dr. Stefan Klotz- Stadtgrün und Verkehr

Karsten Schröder- Stadtplanung	
Matthias Drever- Stadtgrün und Verkehr	
Doris Drochner- Stadtplanung	Bis 17:22 Uhr
Dorothee Gutzeit- Stadtgrün und Verkehr	Bis 16:12 Uhr
Rainer Hielscher- GMHL	
Marc Langentepe- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
Anne-Katrin Lorenzen- Stadtplanung	Bis 16:55 Uhr

Protokollführung

Thomas Kaacksteen-

Gäste

Senator Sven Schindler-	Bis 16:55 Uhr
Sven Hollesen- Priwall Waterfront AG	Bis 16:55 Uhr
Josephine von Zastrow- LN	Nur ÖT

Sonstige Personen

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	Nur ÖT
------------------------------------	--------

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Burkhard Eymer- CDU	Entschuldigt abwesend
Ute Friedrichsen- SPD	Entschuldigt abwesend
Antje Jansen- LINKE	Entschuldigt abwesend

Verwaltung

Hans-Wolfgang Wiese- Lübeck Port Authority	Entschuldigt abwesend
--	-----------------------

Sonstige Personen

Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Entschuldigt abwesend
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 02.12.2013
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
 - 2.1. Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein
hier: Parkplatz an der Kantstraße in Höhe Maybachstraße (5.660)
Vorlage: VO/2013/01007
 - 2.2. Sanierungsgebiet Block 80 - Alfstraße/An der Untertrave/Mengstraße/Gerade Querstraße
- Satzungsbeschluss - II. Teilaufhebung (endgültige Aufhebung) des Sanierungsgebietes
Vorlage: VO/2013/01053
 - 2.3. Bebauungsplan 01.19.00 - Gründungs Viertel -
- Aufstellungsbeschluss –
Vorlage: VO/2013/00894
3. Sonstige Beschlussvorlagen
 - 3.1. Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zum Entwurf des 4. Landesweiten Nahverkehrsplanes (4. LNVP)
Vorlage: VO/2013/01065
 - 3.2. Projekt Priwall Waterfront: Städtebauliches Konzept (Stand Oktober 2013)
Vorlage: VO/2013/01002
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. Sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.2.1. Aktueller Sachstand Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL (mündlicher Bericht)

- 4.2.2. Darstellung des angewandten Verfahrens mit Jahresverträgen im Bereich Stadtgrün und Verkehr (5.660)
Vorlage: VO/2013/01104
- 4.2.3. Antrag aus der Bürgerschaft vom 28. November 2013:
Wahl in den Bauausschuss, Frau Wiebke Brinckmann.
Vorlage: VO/2013/01200
- 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
- 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
- 5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen
 - 5.3. Anträge
- 13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

**TOP 2.1 Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. (1) des Straßen- und
Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein
hier: Parkplatz an der Kantstraße in Höhe Maybachstraße (5.660)
Vorlage: VO/2013/01007**

Beschlussvorschlag:

Die Widmung der nachfolgend genannten Verkehrsfläche wird beschlossen:

Gemarkung St. Gertrud, Flur 12, Flurstück 4/341:

Parkplatz an der Kantstraße in Höhe Maybachstraße.

Die erstmalige Einstufung erfolgt gemäß §3 Abs. (1), Ziffer 4b StrWG als Sonstige öffentliche Straße – beschränkt öffentliche Straße: Parkplatz.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.

**TOP 2.2 Sanierungsgebiet Block 80 - Alfstraße/An der
Untertrave/Mengstraße/Gerade Querstraße
- Satzungsbeschluss - II. Teilaufhebung (endgültige Aufhebung) des
Sanierungsgebietes
Vorlage: VO/2013/01053**

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die II. Teilaufhebung (endgültige Aufhebung) des Sanierungsgebietes „Block 80 – Alfstraße/An der Untertrave/Mengstraße/Gerade Querstraße“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorlage zu beschließen.

TOP 2.3 Bebauungsplan 01.19.00 - Gründungsviertel -

**- Aufstellungsbeschluss –
Vorlage: VO/2013/00894**

Herr Quirder spricht folgende Textpassage der Vorlage an:

Anlage 2 unter dem Punkt „Ziele und Zweck der Planung“ auf der Seite 4, mittlerer Absatz :
„Das Bebauungsspektrum reicht dabei von zweigeschossigen Haupthäusern mit teils steilen Dächern (2 Vollgeschosse plus 2 Nichtvollgeschosse im Dachraum) bis hin zu Viergeschossern (i.d.R. mit flach geneigten Dächern).“

Hierzu erwähnt Herr Quirder die im Vorwege stattgefundene Diskussion in der Expertenrunde, bei der festgestellt wurde, dass die Nachfrage nach Häusern mit flach geneigtem Dach im Hauptgebäude nicht sehr groß sei und die Investoren lieber ein flach geneigtes Dach mit 4 Stockwerken nehmen würden, um das Grundstück optimaler auszunutzen, als Spitzdächer zu wählen.

Herr Senator Boden bestätigt die Bedenken von Herrn Quirder und verweist auf eine nicht ausreichend präzise formulierte Aussage in der Vorlage. Weiterhin sagt Herr Senator Boden eine Korrektur im Rahmen der Offenlage zu (Änderung bezüglich der Formulierung bei den Haupthäusern in Verbindung mit der Dachgestaltung).

Herr Freitag wünscht auf der Tagesordnung in einer der nächsten Bauausschusssitzungen eine Vorstellung der Stellplatz- und Parkplatzsituation des Quartiers (vor der Vorlage des Auslegungsbeschlusses).

Herr Senator Boden sagt dieses zu, da diese Vorlage lediglich ein Aufstellungsbeschluss beinhalte und der Auslegungsbeschluss auch noch im BA entschieden werden müsse.

Herr Stüttgen erkundigt sich, ob auch die Querstraßen und nicht nur die Rippenstraßen des Viertels betroffen seien, wenn das Trennwassersystem erneuert werden wird.

Herr Senator Boden verweist auch hierzu auf eine der nächsten Sitzungen, in der dann das gesamte Konzept vorgestellt werden soll (Verkehrliche Situation, Leitungsbau und Zeitablauf).

Herr Dr. Brock fragt nach, ob das Ergebnis der Expertenrunde, bezüglich des B-Plan Entwurfes der Fassadenabwicklung, auch im BA vorgestellt wird.

Herr Senator Boden antwortet darauf, dass im Gestaltungsbeirat Vorschläge gemacht werden, ob es einen Wettbewerb geben solle oder nicht. Es werde europaweit ein Ideenwettbewerb für alle Gebäudefassaden ausgeschrieben. Beim Kauf eines Grundstücks kann der Käufer dann die erarbeiteten Entwürfe der Fassade wählen aber auch eigene Ideen in den Gestaltungsbeirat einbringen.

Herr Stolzenberg möchte wissen, ob die Expertenrunde eine geschlossene Runde sei.

Herr Senator Boden antwortet, dass dort die Mitglieder des Bauausschusses nicht ausgeschlossen seien, es sollen nur nicht alle Mitglieder jeder Fraktion dort teilnehmen, um den zahlenmäßigen Rahmen nicht zu sprengen.

Der Bauausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

1. Für den in der Lübecker Innenstadt zwischen Alfstraße und Braunstraße gelegenen und im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) umgrenzten Bereich wird der Bebauungsplan 01.19.00 – Gründungsviertel - als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes 01.19.00 sollen die städtebaulichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung bisheriger Schulgrundstücke beiderseits der Fischstraße als innerstädtisches Wohnquartier planungsrechtlich festgelegt werden. (Zu den sonstigen Zielen der Planung siehe Pkt. 4 der beiliegenden Begründung.)

2. Der Aufstellungsbeschluss und die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sind gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 und § 13 a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Von der frühzeitigen Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
4. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 BauGB soll durchgeführt werden.

TOP 3 Sonstige Beschlussvorlagen

TOP 3.1 **Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zum Entwurf des 4. Landesweiten Nahverkehrsplanes (4. LNVP)** **Vorlage: VO/2013/01065**

Herr Pluschkell spricht bei der Vorlage die Anlage 1, davon die letzte Seite, und dort den vorletzten Absatz an:

Hierzu möchte er wissen, wie man bezüglich des Lübecker Hauptbahnhofes mit den an- und abfahrenden Zügen fertig werden will, wenn sich durch die feste Fehmarnbeltquerung die zeitliche Taktung zunehme. Konkret möchte Herr Pluschkell **folgende Ergänzung** in der Vorlage zum bestehenden Text mit aufnehmen:

„...und eine ausreichende Anzahl von Ausweichmöglichkeiten bzw. zusätzliche Fahrmöglichkeiten **(z.B. durch ein drittes Streckengleis zwischen Abzweig Bad Schwartau und dem Lübecker Hauptbahnhof)** geschehen.“

Herr Stüttgen lässt sich von Frau Drochner die Begriffe „Doppelter Vollknoten“ erklären und fragt nach bezüglich der angesprochenen „Fremdwerbung“.

Frau Drochner spricht, die ihrer Meinung nach lasche Formulierung des Landes an, bei der keine Rücksicht auf die kommunale Werbung genommen werde. Wegfallende Werbung an Fahrzeugen und an den Scheiben der Busse würden die Einnahmen der Verkehrsunternehmen reduzieren und damit zu Finanzierungsproblemen führen.

Herr Howe begrüßt die Ergänzung von Herrn Pluschkell.

Der Vorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag von Herrn Pluschkell abstimmen. Der Ergänzungsantrag wird einstimmig angenommen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, zum Entwurf des 4. Landesweiten Nahverkehrsplanes (4. LNVP) wie in Anlage 1 dargestellt, Stellung zu nehmen.

Herr Howe bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- a) Warum nicht der gesamte Masterplan Priwall Waterfront, wie vorgesehen umgesetzt werden soll, sondern nur ein Teil davon berücksichtigt wird und hier zur Diskussion steht?
- b) Ob die Altlasten kostenfrei entsorgt werden können?
- c) Ob bei den genannten „keine grundsätzlichen Bedenken“ des Segelvereins Herrenwyk (SVH) nicht eventuell im Einzelfall Bedenken vorhanden sein könnten, die hier nicht ausformuliert seien?
- d) Welche Flächen als Winterlager zur Verfügung stünden?
- e) Ob Herr Hollesen auch Flächen überplant habe, die nicht in seinem Besitz seien oder auch nicht sein werden?

Frau Lorenzen bzw. Herr Senator Boden beantworten die gestellten Fragen folgendermaßen:

- a) Ein Teil der Fläche (geplantes Hotel und Kohlenhof) wurde nur für den 1. Planungsabschnitt zurückgestellt, wird in einem späteren Verfahren aber mit geplant. Da es noch keinen Investor / Betreiber für das Hotel gäbe, wäre es leichter jemanden zu finden, wenn das gesamte Bauvorhaben schon angelaufen und fortgeschritten wäre. Die Förderung für die gesamte Länge der Erlebnispromenade wird nicht in Frage gestellt, da der sogenannte „Umlauf“ auf beiden Seiten der Trave zwischen den Fähren auch auf der jetzt vorhandenen Promenade am Kohlenhof gewährleistet sei. Demzufolge gäbe es förderrechtlich keine Bedenken.
- b) Es liegen insgesamt 8 Altlastuntersuchungen (historisch-deskriptive, orientierende und weitergehende Untersuchungen) vor, welche ausführlich auch schon im Umweltausschuss (18.05.2010) erläutert wurden. Aus diesen Untersuchungen geht hervor, dass Handlungsbedarf lediglich bei dem als Abfall deklarierten Teerverunreinigungen im ehemaligen U-Bootbunkergang besteht, die auf jeden Fall im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen entfernt werden müssen. Ein Austritt ist gesichert, so dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Die Kosten hierfür sind ausgewiesen.
- c) Die Formulierung „keine grundsätzlichen Bedenken“ ist gewählt worden, da Herr Voigt (Vorsitzender des SVH) noch die Zustimmung der Vereinsmitglieder einholen müsse. Aus seiner Sicht gäbe es dort auch keine Bedenken. Bei einer ablehnenden Haltung seitens des Vereins müsste weiter verhandelt werden.
- d) Es stehen Flächen auf dem Grundstück des ehemaligen Priwall Krankenhaus als Stellplatzanlage bzw. Winterlager zur Verfügung. Die Gebäude sind auf Grund des langen Leerstandes nicht mehr wirtschaftlich nutzbar. Auf diesen Flächen hat die Verwaltung über ein Interessenbekundungsverfahren Einzelhändler gesucht, die bereit wären, einen Laden zur Verbesserung der Nahversorgung auf dem Priwall einzurichten. Die wirtschaftliche Grundlage für eine solche Nahversorgungseinrichtung wäre erst gegeben, wenn deutlich mehr Kunden als die jetzigen Bewohner auf dem Priwall nachzuweisen sind.
- e) Der Kaufvertrag ist unter dem Vorbehalt der Festsetzung des Bebauungsplanes vereinbart worden. Daher werden auch die tatsächlich zu veräußernden Flächen sowie die Bebauungsdichte, die Höhe, Breite und Tiefe der Gebäude und Ferienhäuser, deren Bruttogeschossfläche durch die Überplanung reduziert wurde, erst nach den konkreten Festsetzungen exakt bestimmt werden können.

Herr Lötsch möchte wissen, warum heute vom Bauausschuss nicht gleich über den

Aufstellungsbeschluss entschieden werde.

Frau Lorenzen weist darauf hin, dass es schon einen Aufstellungsbeschluss aus 2008 gebe, der allerdings vom Umgriff her noch angepasst werden müsse.

Herr Senator Boden erläutert, dass es grundsätzlich möglich sei gleich den Aufstellungsbeschluss zu beschließen.

Herr Stolzenberg erwähnt das Alternativkonzept der dortigen Bürgerinitiative, welches im Januar 2014 vorgestellt werden solle. Er meint, dass die Resonanz der Bürger hierauf abzuwarten sei.

Herr Lötsch erklärt, dass die Vorgaben der Politik, die gemacht wurden, umgesetzt und erfüllt wurden. Herr Lötsch erwähnt, dass ein Wettbewerb durchgeführt wurde, der Grundlage dieses B-Planes sei, und die Verhandlungen mit dem SVH zu einem einvernehmlichen Ergebnis geführt worden wären.

Herr Senator Boden ergänzt, dass die Travemünder Bürger von dem heute vorliegenden Konzept als Ergebnis des Wettbewerbs nicht überrascht seien, sondern es sogar mitdiskutiert haben. Es sei jetzt die Pflicht ein Ergebnis zu präsentieren. Ergänzende Anregungen könnten im weiteren Prozess vorgebracht und diskutiert werden.

Herr Lötsch beantragt für die CDU-Fraktion, die heutige Vorlage auch als Änderung zum Aufstellungsbeschluss zu sehen und die Abstimmung des Beschlusses in einem Durchgang zu erledigen.

Herr Stüttgen würde den TOP gerne vertagen, um eine Abstimmung innerhalb seiner Fraktion durchzuführen.

Herr Lötsch erwähnt, dass das Projekt schon etwas länger laufe.

Herr Wolfgramm möchte wissen, ob ausreichend Parkplätze bzw. Stellplätze für die Bewohner der neuen Wohnungen und Besucher des Priwall vorhanden seien.

Frau Lorenzen erwähnt, dass für alle Ferienwohnungen und Ferienhäuser im Verhältnis 1ST/je WE der Nachweis erbracht sei. Die öffentlichen Parkplätze bleiben gegenüber dem bisherigen Konzept unverändert bestehen.

Herr Wolfgramm möchte weiterhin wissen, ob die reduzierten Kosten für die Promenade eine Änderung in der Bausubstanz mit sich bringen und damit einen Qualitätsverlust.

Herr Senator Boden versichert, dass die Qualität der Promenade gewährleistet sei. Es wäre allerdings nicht möglich, hochwertigen Granit zu verwenden, sagte aber zu, bei der Auswahl der Materialien den Bauausschuss mit Mustersteinen zu beteiligen.

Als nächstes möchte Herr Wolfgramm wissen, ob der für Travemünde wichtige Umlauf beidseitig der Trave gewährleistet wäre, was voraussetzt, dass die kleine Fähre an der Südermole auch im Winter fahren müsse.

Herr Senator Boden bestätigt, dass es als Zielsetzung aufgenommen werden könne, die Fährverbindung der kleinen Fähre auch im Winter aufrecht zu erhalten, soweit es das Wetter zulasse.

Frau Lorenzen ergänzt, dass der Stadtverkehr ab 2015 eine neue Fähre mit barrierefreiem Zugang einsetzen wolle und die Promenadenplanung mit einem barrierefreien Zugang die Situation insgesamt deutlich verbessert werden wird.

Als letztes hinterfragt Herr Wolfgramm die stufenweise Realisierung des Objektes, bezüglich der Wirtschaftlichkeit des Investors. Herr Wolfgramm beantragt die Aufnahme eines vierten Punktes in der Vorlage, in der der Investor im weiteren Verfahren seine Wirtschaftlichkeit plausibel offenlegen möge.

Herr Lötsch fragt Herrn Hollesen, ob diese Forderung nach der Erweiterung für ihn annehmbar sei.

Herr Hollesen erwähnt, dass er nicht am richtigen Platz sei, wenn er diese Aufgabe nicht

lösen könne und für ihn eine Darstellung der Finanzen ein natürlicher Vorgang sei. Weiterhin verweist Herr Hollesen auf die von seinem Unternehmen bereits erfolgreich auf dem Priwall errichteten Ferienhäuser.

Herr Senator Schindler verweist auf die wirtschaftlich positiven Zahlen für die Hansestadt Lübeck, die durch das Projekt Priwall Waterfront entstehen können.

Herr Goldschmidt gibt zu bedenken, die oben erwähnte Zielsetzung mit aufzunehmen, da dafür die Finanzierung nicht geklärt sei. Weiterhin wird er den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen.

Herr Lötsch erwähnt, dass dieser Punkt als Zielsetzung und nicht als Bedingung mit aufgenommen werden könne.

Herr Howe begrüßt auch den Vorschlag der CDU.

Ein ganzjähriges Fahren der kleinen Fähre wird als Zielsetzung des Bauausschusses gewünscht.

Abstimmung mit folgenden zusätzlichen / ergänzenden Punkten:

Als vierter Punkt ist in die Vorlage aufzunehmen, dass der Investor im weiteren Verfahren seine Wirtschaftlichkeit plausibel darlegen möge.

Der Beschluss der Vorlage gilt gleichzeitig als Änderung des Aufstellungsbeschlusses.

Der Bauausschuss beschließt mehrheitlich die geänderte Vorlage.

Beschlussvorschlag:

1. Das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbes (siehe Anlage 1) bildet die Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes 33.05.00 Priwall Waterfront
2. Das städtebauliche Konzept wird der Öffentlichkeit im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplanes gemäß § 3 (1) BauGB [frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung] vorgestellt.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Weiterentwicklung des Konzeptes die städtebaulichen, wirtschaftlichen und förderungstechnischen Rahmenbedingungen für die Realisierung und Umsetzung des Konzeptes mit den betroffenen Gremien abzustimmen.
4. Der Investor wird gebeten, im weiteren Verfahren seine Wirtschaftlichkeit plausibel darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Für die geänderte Vorlage:	11 Stimmen
Gegen die geänderte Vorlage:	3 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme

TOP 4.1 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

TOP 4.2 **Sonstige Mitteilungen und Berichte**

Feste Fehmarnbeltquerung

Frau Drochner informiert, dass bezüglich der festen Fehmarnbeltquerung seitens der Landesregierung eine Verfahrensverlängerung bis zum Ende des ersten Quartals 2014 festgelegt wurde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

Bahnhaltepunkt Hochschulstadtteil

Frau Drochner informiert, dass der neue Bahnhaltepunkt am Hochschulstadtteil mittlerweile im Betrieb ist. Eine offizielle Eröffnung soll nach Aussage der LVS stattfinden, wenn auch die Baumaßnahmen der Stadt fertig gestellt sind.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

Emil-Possehl-Schule

Herr Bunk berichtet anhand von Fotos über erhebliche Vandalismusschäden an dem gerade erst neu errichteten Gebäudetrakt der Emil-Possehl-Schule. Die Schäden belaufen sich auf ca. 15.000 Euro. Eine bisher nicht gewünschte Videoüberwachung der Schule erscheint als Präventivmaßnahme zur Vermeidung von Vandalismus sinnvoll.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

Schule Groß Steinrade

Herr Bunk teilt mit, dass die Schule Groß Steinrade wegen erheblicher Schimmelpilzbelastung am 13.12.2013 geschlossen wurde. Herr Bunk präsentiert das Schadensbild, die Ursachen und die mögliche Vorgehensweise anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Das zukünftige Verfahren soll weiterhin mit dem Bereich Schule und Sport geklärt werden.

Herr Lötsch möchte wissen, ob die von einem Investor zugesagten finanziellen Mittel für den Neubau eines Klassenraumes auch für andere Zwecke an dieser Schule verwendet werden können.

Herr Bunk ist der Meinung die vertragliche Regelung beziehe sich auf die Errichtung eines Klassenraums, dies sei im weiteren Verfahren noch zu klären.

Herr Quirder möchte wissen, wie schnell die als Interimlösung angedachten Container realisiert werden könnten.

Herr Bunk nennt einen Zeitraum von mindestens 2 Monaten (nicht vor März/April 2014).

Herr Stüttgen möchte wissen, ob der Standort der Schule dort sinnvoll sei.

Herr Bunk möchte sich bezüglich dieser Thematik nicht äußern, da diese Klärung Aufgabe des Bereichs Schule sei.

Herr Goldschmidt betont die Wichtigkeit der Schule für das Dorf Steinrade.

Herr Quirder verweist mit dieser Diskussion auf den zuständigen Schulausschuss.

Abschließend bittet Herr Lötsch darum, im Bauausschuss nicht die Notwendigkeit der Schule grundsätzlich klären zu wollen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

Dauerhafte Sperrung der Gehwege unterhalb der Puppenbrücke

Herr Dr. Klotz verteilt eine Pressemitteilung vom heutigen Mittag bezüglich der dauerhaften Sperrung.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

TOP 4.2.1 Aktueller Sachstand Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL (mündlicher Bericht)

Herr Rainer Hilscher erläutert an Hand einer Präsentation den aktuellen Sachstand der Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL (Abschluss IST-Erfassung).

Herr Prieur möchte wissen, wie sich die Hausmeister zum bisherigen Konzept geäußert haben.

Herr Hilscher erläutert, dass es dort unterschiedliche Meinungen gäbe. Die Hausmeister wurden gut vom Projekt informiert. Ihnen sei an einer grundsätzlichen Entscheidung zur Organisationszugehörigkeit gelegen. Weiter sei ihnen eine fachkundige Betreuung im Arbeitalltag wichtig. Aber es gibt auch Aussagen, die alles so behalten wollen, wie es ist.

Herr Wolfgramm möchte wissen, warum der Prozess so schleppend voran ging.

Herr Hilscher erwähnt, dass sehr viele Laufereien um an Informationen zu kommen den Prozess so schleppend gemacht hätten.

Weiterhin möchte Herr Wolfgramm wissen, ob es am Ende zu Kündigungen kommen werde. Herr Hilscher erklärt, dass das Ziel eine flächendeckende Versorgung sei, was in Zusammenarbeit mit dem GMHL verbessert werden solle.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

TOP 4.2.2 Darstellung des angewandten Verfahrens mit Jahresverträgen im Bereich Stadtgrün und Verkehr (5.660) Vorlage: VO/2013/01104

Frau Metzner möchte wissen, ob die Summe nicht grundsätzlich auf 100.000 Euro begrenzt sei und alle Abrechnungskosten sich zwischen 100.000 und 200.000 Euro belaufen. Warum diese nicht angepasst wurden, wollte Frau Metzner weiterhin wissen.

Als Zweite Frage möchte Frau Metzner wissen, woher die 488.301,45 Euro kämen.

Herr Drever äußert sich zunächst zur zweiten Frage dahingehend, dass sich das gesamte Leistungsverzeichnis auf 37 Seiten erstrecke und jede Position in verschiedensten Größenordnungen angeboten werde. Allerdings kämen nicht alle Positionen zum Zuge.

Zur ersten Frage teilte Herr Drever mit, dass die Aufträge bei 100.000 Euro belassen werden und möglicherweise zukunftsgerichtet auf 150.000 Euro angepasst werden. Das werde die Verwaltung bis zur nächsten regulären Ausschreibung und Vergabe der Jahresverträge im

Jahr 2015 noch einmal prüfen.

Herr Dr. Brock möchte wissen, ob es eine Übersicht gäbe, aus der hervorgehe, welche Bezirke welche Fachunternehmen angefragt haben.

Herr Drever antwortet darauf, dass dieses im Rahmen der 2013 stattgefundenen Vergaben einzeln bekannt gegeben worden wäre. Aus dem Stegreif könne er dies nicht beantworten, dies sei seines Wissens aber am 04.11.2013 im Bauausschuss behandelt worden.

Weiterhin möchte Herr Dr. Brock wissen, ob jeder Bezirk für sich eine analoge Ausschreibung durchführe.

Herr Drever erläutert darauf, dass seitens des Bereichs Stadtgrün und Verkehr eine gemeinsame Ausschreibung für alle vier Baubezirke und damit zentral erfolge, zugleich immer eine begrenzte Anzahl von 4 bis 6 Fachfirmen aufgefordert werden, pro Bezirk ein Angebot abzugeben. Die günstigsten Angebote werden dann beauftragt.

Herr Dr. Brock hinterfragt die Diskussion mit dem RPA.

Herr Drever erklärt, dass sich das RPA bei Jahresverträgen grundsätzlich schwer tue und er sich selber mit dem RPA auseinandergesetzt habe, um eine größtmögliche Transparenz aufzuzeigen. Es werde auch nach dem 4-Augen-Prinzip gehandelt und die Marge der Einzelaufträge liege meistens unter 10.000 Euro. Es wurden mit dem RPA auch Abrechnungsmodalitäten festgelegt.

Als letztes möchte Herr Dr. Brock wissen, ob bei den Vergaben keine Summen über 10.000 Euro entstünden.

Herr Drever teilt darauf hin mit, dass die meisten Aufträge zwischen 1.000 Euro und 5.000 Euro lägen, ganz selten mal zwischen 5.000 Euro und 10.000 Euro. Es erfolgt kein Splitting größerer Summen.

Herr Wolfgramm erkundigt sich nach dem Verfahren der Kontrolle der erbrachten Leistungen.

Herr Drever erläutert, dass es keinen Unterschied zwischen Klein- und Großaufträgen gebe. Die Kontrolle der Rechnung und der Leistung vor Ort werde überall gleich durchgeführt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

Beschlussvorschlag:

Auf den Tagesordnungen des Bauausschusses steht unter anderem regelmäßig auch die Vergabe von Bauaufträgen. Im Bereich Stadtgrün und Verkehr werden für Kleinaufträge zur Vereinfachung und zur Minimierung von Verwaltungsaufwendungen u.a. sogenannte Jahresverträge ausgeschrieben und vergeben.

Hiermit informiert die Verwaltung auf Nachfrage über das Prinzip und Verfahren im Umgang mit Jahresverträgen.

**TOP 4.2.3 Antrag aus der Bürgerschaft vom 28. November 2013:
Wahl in den Bauausschuss, Frau Wiebke Brinckmann.
Vorlage: VO/2013/01200**

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Fuß- und Radweg in der Kleingartenanlage Sibeliusstraße (Frau Metzner) (5.660)

(TOP 5.2.1 am 02.09.2013)

Frau Metzner teilt mit, Anlieger der o. g. Kleingartenanlage haben sie darauf hingewiesen, dass für die Sanierung des Fuß- und Radweges ein offenbar ungeeignetes Material verwendet wurde. Dieses enthalte einen großen Anteil sehr groben Materials und es sei zu vermuten, dass es auch keine ausreichende Verdichtung aufweist. Frau Metzner stellt dazu folgenden Anfragen:

1. Ist die Hansestadt Lübeck für die Unterhaltung dieses Weges zuständig?
2. Wenn ja, ist die Eignung des Materials nachgewiesen?
3. Wurde das Material eventuell auch an anderen Stellen in der HL verwendet?

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu.

Abschließende Antwort:

Die Hansestadt Lübeck ist für die Unterhaltung des Weges zuständig. Das Material, das dort in Teilbereichen des Weges zu finden ist, wurde jedoch nicht von der Verwaltung eingebracht. Es entspricht nicht den üblich verwendeten Materialien und wird daher auch nicht an anderen Standorten in der HL verwendet. Vermutlich wurde durch Dritte zum Ausgleich der Unebenheiten im Weg zu grobes Material aufgeschüttet und nicht entsprechend verdichtet. Eine Sanierung dieses Weges ist aber zurzeit im Rahmen der bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen nicht möglich. Eine akute Gefahrenstelle im Sinne der Verkehrssicherungspflicht besteht nicht.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.2 Persiluhr in Travemünde (Herr Löttsch) (5.060) (TOP 5.2.4 am 02.12.2013)

Herr Löttsch möchte bezüglich der Persiluhr in Travemünde wissen, welcher Bereich

für die weitere Bearbeitung zuständig sei.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu.

Abschließende Antwort:

Zeitungsartikel der Lübecker Nachrichten vom 10.12.2013:

„Sie ist weg – für immer: Die sogenannte Persil-Uhr in Travemünde wird nicht wieder aufgebaut. Der ehemalige Vermarkter der Stadt, die Firma Ströer, hat den denkmalgeschützten Zeitanzeiger im Dr.-Zippel-Park Anfang 2012 einfach abgebaut – und musste dafür mehrere Tausend Euro Strafe zahlen. Die Reste der Persil-Uhr sind längst auf dem Schrott gelandet. Es gab zwischenzeitlich zwar den Vorschlag einiger Handwerker, die Uhr nachzubauen und wieder aufzustellen.

Die Idee sei allerdings wieder fallen gelassen worden, erklärt Frank Barthel von der Travemünder Dienstleistungs- und Handwerkergemeinschaft. Der Grund: „Es ging um das denkmalgeschützte Original.“ Das wurde ehemals von Handwerkern in Travemünde gebaut, im Gegenzug durften sie kostenfrei auf der Uhr werben, so Barthel. Damit kehrt die Persil-Uhr nie wieder zurück.“

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.3 Entwicklungsplan UKSH (Herr Wolfgramm) (5.060)
(TOP 5.2.1 am 18.11.2013)**

Herr Wolfgramm bittet um Prüfung / Besprechung der Thematik (gemäß Amtsblatt vom 19.08.2013). Das UKSH wird aus der Betreuung des GMSH entlassen und stellt in Zukunft seine eigenen Bauanträge, so dass die Bauordnung in Lübeck zuständig sei. Bisher hat der Landesbetrieb für das UKSH gebaut. Die Flächen wurden neu sortiert.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu.

Abschließende Antwort:

Gemäß eines Antwortschreibens der UKSH (Herr Prof. Dr. Jens Scholz) befindet sich der Vorstand der UKSH derzeit in einem Dialog mit den Ministerien, um eine Verordnung auszuarbeiten, die festlegt, für welche Baumaßnahmen dem UKSH die Bauherreneigenschaft tatsächlich übertragen wird. Sobald darüber ein Ergebnis vorliegt, wird die Verwaltung der Hansestadt Lübeck (Fachbereichscontrolling FB 5) darüber informiert.

Sollten zukünftig Baugesuche bzw. Bauanträge abgewickelt werden, so ist es vorgesehen, dass das UKSH dafür freiberufliche Ingenieurbüros beauftragt.

Herr Wolfgramm teilt mit, dass ihm die Antwort nicht ausreichend genug sei. Er möchte ein Antwortschreiben des Ministeriums. Herr Wolfgramm wird dem Bauausschuss im Januar 2014 mitteilen, welches Ministerium zuständig sei und wer dort als Ansprechpartner zur Verfügung stünde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Fahrradstreifen am Gustav-Radbruch-Platz (Herr Howe)

Herr Howe teilt mit, dass bezüglich des von ihm in den Ausschuss gebrachte Antrages „Fahrradstreifen am Gustav-Radbruch-Platz in Richtung Fährstraße“ (VO/2013/01046) am Freitag den 13.12.2013 ein weiterer Unfall mit einem Radfahrer geschehen sei. Herr Howe sei der Meinung, dass der mit der Problematik beauftragte AKV keine Radfurt einrichten wolle, da es gesetzlich nicht machbar sei.

Herr Lötsch teilt mit, dass das Thema über den Bauausschuss in den AKV verwiesen wurde und demzufolge eine Antwort im Bauausschuss am 20.01.2014 erwartet werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Unfall Kücknitzer Hauptstraße (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell möchte anlässlich eines kürzlich passierten Unfall in der Kücknitzer Hauptstraße wissen, warum es geplant sei die Geschwindigkeit von nun 30 km/h auf 50 Km/h zu erhöhen. Gleichzeitig möchte er eine Unfallstatistik vorgelegt haben.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Ende des öffentlichen Teils (17:42 Uhr).

TOP 5.3 Anträge

Es liegt nichts vor.

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst hat.

Lübeck, den 21. Januar 2014

Vorsitz

Thomas Kaacksteen
Protokollführung